

SPD demokratischer Presse Dienst

P/XXXI/205

25. Oktober 1976

Pflichter für die politische TV-Information

"Schutzzone" helfen dem ernsthaft interessierten
Bundesbürger

Von Wilhelm Dröschner

Bundesschatzmeister der SPD und Mitglied des ZDF-Fern-
seh Rates

Seite 1 und 2 / 51 Zeilen

Bestandesaufnahme für eine neue Aufgabe

Sicherheitsrats-Mitgliedschaft bringt große Verpflich-
tungen mit sich

Von Prof. Dr. Carl-Christoph Schweitzer MdB

Mitglied des Auswärtigen Ausschusses des Bundestages

Seite 3 und 4 / 75 Zeilen

Trostpreis für JET gesucht

In der Standortfrage muß nationalem Egoismus Tribut
gezollt werden

Von Gerhard Flämig MdB

Stellv. Vorsitzender im Ausschuß für Energie und For-
schung des Europäischen Parlaments

Seite 5 und 6 / 46 Zeilen

Neue Rufnummer:

219038/39

Chefredakteur: Dr. Erhardt Eckert

Hausellée 2-10, 5300 Bonn 12
Postfach: 120 409
Pressehaus 1, Zimmer 217-224
Telefon: 22 60 37 - 38
Telex: 06 55 946-48 pbbn d

Herausgeber und Verleger:

SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST GMBH
Kölner Straße 108-112, Telefon: 37 86 11
53111 Bonn-R d Godesberg

Plebdoyer für die politische TV-Information

"Schutzzone" helfen dem ernsthaft interessierten Bundesbürger

Von Wilhelm Dröcher

Bundesschatzmeister der SPD und Mitglied des ZDF-Fernsehrates

Die Verantwortlichen der beiden großen Fernsehsysteme diskutieren zur Zeit über die Struktur politischer Informationssendungen, wobei die politischen Magazine mal totgesagt, mal "nur" in die Krise geradet werden. In dieser Diskussion taucht auch wieder der Begriff der "Schutzzone" auf. Es ist auffällig, wie unauffällig sich immer mehr Leute von diesem Begriff distanzieren.

Vor mehr als zwei Jahren haben wir schon einmal im Fernsehrat des ZDF über die "Schutzzone" diskutiert: "Schutzzone" für politische Sendungen. Ich habe mich damals sehr dafür eingesetzt, daß dieses Prinzip - eine politische Sendung nicht durch ein Massenprogramm zu kontrastieren und damit fast chancenlos zu machen - beibehalten wird. Die volkspädagogische Dimension der "Schutzzone" ist damals von manchen respektiert und von anderen, bezeichnenderweise zumeist von Konservativen, als "Erziehungsdiktatur" diskriminiert worden.

Die Wirksamkeit der "Schutzzone", die ein beständiges Ausweichen auf unterhaltende Programme hier und dort mal für eine Stunde verhindern sollte, ist von den Dritten Programmen der ARD dann unterlaufen worden. Indem sie gegen "Panorama" oder "Report" Krimis oder Spielfilme setzten, zogen sie den politischen Magazinen Zuschauer ab. Und dies, obwohl sich die Intendanten von ARD und ZDF Mitte der sechziger Jahre noch vehement für die "Schutzzone" ausgesprochen haben. Öffentliche Kritik mußte in

der folgenden Zeit nicht die ARD für das Verhalten ihrer Dritten Programme einstecken, sondern der Fernsehrat des ZDF, der publikumsnahe Konzeption verhindert hätte.

Ich halte an der Idee dieser "Schutzzone" fest, insbesondere, wenn ich sehe, wie an gewissen Wochentagen ausgesprochene Zonen von totaler Unterhaltung eingerichtet sind. An einigen Tagen kommt ja Politik, natürlich meine ich damit nicht Parteipolitik, sondern die Auseinandersetzung mit Aufgaben und Problemen, die uns das Leben stellt, als Alternativprogramm zur Hauptsendezeit überhaupt nicht mehr vor. Der Fernsehrat des ZDF ging damals von der Überzeugung aus, daß man den Zuschauern nicht zu jeder Uhrzeit den bequemsten Weg anbieten sollte, sondern sie auch einmal "fordern" müsse. Was daran bei einem öffentlich-rechtlichen Rundfunksystem mit einem klaren Programmauftrag, der nicht nur Unterhaltung heißt, kritisierenswert ist, leuchtet mir bis heute nicht ein.

Ich plädiere dafür, die im Begriff "Schutzzone" steckende Absicht, den für uns alle wichtigen politischen Informationen möglichst viele Zuschauer zuzuführen, nicht einfach der angeblichen "Attraktivität" zu opfern. Vielleicht ist man mit der "Schutzzone" zu starr und einfältig umgegangen: immer montags und mittwochs eine Dreiviertelstunde. Mehr Beweglichkeit wäre vielleicht hier von Nutzen, oder auch die Einbettung in große Unterhaltungstage, wie dies mit dem "Bericht aus Bonn" gemacht wurde, der für viele Bürger so zu einer gar nicht anstrengenden Informationsquelle geworden ist. Vielleicht sollte man auch über die schnelle Wiederholung politischer Programme nachdenken: Über so eine Art Nachtprogramm, wo man am Dienstagabend etwa um 22 Uhr das politische Magazin vom Vortag sehen kann.

Niemand will den Zuschauer zu etwas zwingen; zum Fernsehen ist ja ohnehin niemand gezwungen. Man sollte die ernsthaften Interessen der Zuschauer aber auch nicht zu flink auf dem Markt von Konkurrenz- und Beliebtheits-Gedanken opfern. (-/25.10.1976/va/pr/ee)

+ + +

Bestandsaufnahme für eine neue Aufgabe

Sicherheitsrat-Mitgliedschaft bringt große Verpflichtungen mit sich

Von Prof. Dr. Carl-Christoph Schweitzer MdB
Mitglied des Auswärtigen Ausschusses des Bundestages

Mit der Wahl der Bundesrepublik Deutschland in den Sicherheitsrat der UN ist endgültig vor aller Welt sichtbar der Schlußpunkt eines langen und mühsamen Weges dieses deutschen Staates von der Ausschaltung aus dem internationalen Staatensystem als "Feindstaat" der sich ursprünglich im Zweiten Weltkrieg vereinigenden Nationen bis hin zur völligen Gleichberechtigung als ein in aller Welt anerkannter Partner des guten Willens und im Übrigen auch als ein beachtlicher Mitfinanzierer der Weltorganisation gesetzt worden.

Wir alle können uns freuen, daß dieser neue Status der Bundesrepublik Deutschland einmütig von den Sprechern der politischen Parteien im Bundestag begrüßt wurde, dies umso mehr, als zunächst ein beachtlicher Teil der Opposition den von der sozialliberalen Koalition aus Liebe zu Deutschland vollzogenen Einzug in die UN erbittert bekämpft hatte. So schnell können in der Politik neue Einsichten gewonnen werden - besonders nach Bundestagswahlen. Wer der internationalen Diskussion aus Furcht vor irgendeiner ideologischen Infektion ausweicht, sich ihr nicht stellen und sie nicht mitgestalten möchte, der isoliert sich selbst. Das durften wir nicht tun.

In der Tat ist im Bereich eines internationalen Gedankenaustauschs auf der größten Weltbühne der Gegenwart der entscheidende Nutzen zu sehen, dem die Staaten in "östlichen", "westlichen" oder "südlichen" Gruppierungen sowie unter dem sog. Neutralen verschiedener Schattierungen aus der UNO von jeher gezogen haben. Solange man miteinander spricht, verhandelt, berät, abstimmt und nicht aufeinander schießt - hin oder zurück -, solange wird der internationale Friede zumindest als Nichtkrieg immer wieder aufs Neue sicher gemacht werden können. Und das ist trotz aller die Staatengemeinschaft bedrängenden großen auch wirtschaftlichen und sozialen Probleme im Atomzeitalter schon sehr viel.

Natürlich muß jeder politische Analytiker nach mehr als 30 Jahren UN zu dem Schluß kommen, daß letztlich diese Weltorganisation als Instrument zur Friedenssicherung im globalen Maßstab nur funktionierte und auch beklagenswerte regionale Kriege immer wieder nur deshalb "aufzutreten" vermochten, weil innerhalb einer elitären Minderheit von fünf ständigen Veto-Mitgliedern des

Sicherheitsrates die zwei "Superpolizisten" der Welt: Die USA und die Sowjetunion - von der Volksrepublik China einmal abgesehen - aus Gründen der eigenen nationalen oder aber Blockinteressen nicht auf einen unausweichlichen Kollisionskurs gegeneinander gehen. So wie im Nahen Osten 1956, 1967 oder 1973, um nur einige wenige internationale Konflikte der letzten Jahre herauszugreifen. Die Entflechtungsabkommen für Israel und Ägypten, vor allem aber zwischen Israel und Syrien wurden schließlich von den großen Zwei perfektioniert und dann erst der UN mit ihren Friedenstruppen gewissermaßen zur Weiterbearbeitung und Durchführung übergeben.

Insofern müssen wir uns aus Anlaß unseres Einzuges in den Sicherheitsrat klarmachen, daß die Rolle aller nichtständigen Mitglieder in diesem so wichtigen UN-Gremium letztlich auch wieder nur zweitrangig sein kann. Ein Trostpflaster für diese harte Tatsache des internationalen Lebens ist vor allem darin zu sehen, daß seit der Satzungsänderung vom Herbst 1950 im ersten Jahr des Korea-Krieges theoretisch die UN-Vollversammlung das letzte Sagen zur Sicherung des Weltfriedens haben kann, nämlich dann, wenn in einer gegebenen Krise der Sicherheitsrat durch eine Veto-Politik ständiger Mitglieder blockiert wird - so in der Praxis erprobt etwa 1956 in der Suez-Krise.

In dem Ermessensspielraum zwischen Bewätigung einer drohenden oder ausgebrochenen Krise ohne Vetos ständiger Mitglieder und einer Inanspruchnahme der Vollversammlung im äußersten Notfall unter den Voraussetzungen der UN-Race Resolution des Jahres 1950 erwächst nun aber zweifellos auch für die nichtständigen, also die jetzt neuen Mitglieder des Sicherheitsrates auch eine äußerst bedeutungsvolle Aufgabe und Sonderrolle innerhalb der Weltorganisation. Alle Kommentatoren haben verständlicherweise in diesen Tagen bereits darauf hingewiesen - und wir wiederholen es abschließend hier noch einmal: Durch ihre neue Mitgliedschaft im internationalen Feuerwehrgorgan Sicherheitsrat wird die Bundesrepublik Deutschland immer wieder gezwungen werden, in einer bestimmten internationalen Konfliktsituation Stellung zu beziehen. Hier kann selbst eine Enthaltung bei einer Abstimmung - eine Nicht-veto-Politik der "Ständigen" vorausgesetzt - schon von großer Bedeutung sein, erst recht natürlich die Einbringung eines Kompromißvorschlages usw.

Es bleibt daher nur zu hoffen und zu wünschen, daß unsere UN-Vertretung mit starker Rückendeckung des Auswärtigen Amtes, gegebenenfalls des Bundeskabinetts, und nicht zuletzt auch einer möglichst einmütigen Haltung des Bundestages dem Selbstverständnis der Bundesrepublik als eines Mittlers bei dem Suchen nach Lösungen internationaler Konflikte mit Beharrlichkeit, Augenmaß und vielleicht gelegentlich auch Mut zur Unpopularität Ausdruck verleihen kann.

Je mehr und je besser wir uns zum Mitgaranten von Frieden, Selbstbestimmung, Menschenwürde, Menschenrechten und sozialer wie wirtschaftlicher Chancengleichheit in der Welt von heute machen, umso mehr wird man in dem umfassendsten internationalen Forum unserer Zeit um Verständnis gerade auch für noch ungelöste Probleme unserer eigenen Nation werben können.

£(-/25.10.1976/vd/pr)

+ + +

Trostpreis für JET gesucht

In der Standortfrage muß nationalem Egoismus Tribut gezollt werden

Von Gerhard Flämig MdB
Stellv. Vorsitzender im Ausschuß für Energie
und Forschung des Europäischen Parlaments

Der EG-Ministerrat hat sich auf seiner letzten Sitzung wieder nicht über den Standort für die Kernverschmelzungs-Maschine JET (Joint European Torus) einigen können. Nur unverbesserliche Optimisten hatten ein positiveres Ergebnis erwartet. Trotzdem: Die Fronten sind nach dieser Ratstagung nicht mehr so verhärtet, wie dies nach den Sitzungen der Minister im Dezember 1965 und im Februar 1976 der Fall war. Je bereitwilliger die Forschungsminister des Europes der Neun sich zeigen, das europäische Forschungszentrum in Ispra (Italien) wieder mit Aufgaben und Leben zu erfüllen, desto entgegenkommender scheint die italienische Regierung in Richtung auf einen Kompromiß beim JET-Standort zu werden. Wenn es bei der nächsten Ratstagung am 18. November gelingt, das Mehrjahres-Forschungsprogramm der Europäischen Gemeinschaften unter Dach und Fach zu bringen, könnte Ispra aus dem JET-Rennen ausscheiden. Dann blieben Garching (bei München), Culham (bei Oxford) und Cadarache (in Südfrankreich) übrig.

Fachleute stehen auf dem Standpunkt, daß für den JET nur ein Standort in Frage komme, auf dem schon Kernfusionsforschung betrieben wird und also die personelle und technische Infrastruktur vorhanden ist. Das spräche für Garching oder Culham. Nur: Wie will man mit diesem Argument z.B. die Franzosen dazu bringen, auf ihren Standort Cadarache zu verzichten, nachdem die Sowjetunion z.B. ihren Torus auf der grünen Wiese baut; nur die Nähe eines leistungsfähigen Elektrizitätswerkes soll dort für die Standortwahl maßgebend gewesen sein.

Man kann es drehen, wie man will, diese Sache muß politisch entschieden werden! Die Engländer haben ein starkes politisches Argument,

wenn sie feststellen, daß sie der einzige große EG-Mitgliedsstaat sind, der über keine europäische Gemeinschafts-Institution verfüge. Hier gibt es aber ein gewichtiges Gegenargument: JET wird kein Gemeinschaftszentrum mit eigenem Personal, sondern eine sogenannte indirekte Aktion, die nach fünf Jahren, wenn das Forschungsziel erreicht ist, wieder aufgelöst werden kann.

Am Ende wird es wohl wieder auf einen Kuhhandel hinauslaufen. Die Kernfusion hat so große wirtschaftliche Aspekte, daß keines der großen Länder bereit sein dürfte, auf den JET-Standort zu verzichten, ohne ein ausreichendes Kompensationsprojekt zu erhalten. Das ist zwar nicht gerade europäisch gedacht, aber es ist realistisch. Für JET wird also viel davon abhängen, ob es gelingt, ein solches Kompensationsobjekt zu finden - und sei es, daß man , gewichtigen technischen Einwänden zuwider, beschließt, den Torus hierhin, die Beta-Linie (ein für die Kernfusion wichtiges Zusatzexperiment) dorthin zu bauen.

Gelingt das nicht, so werden am Ende diejenigen Oberwasser bekommen, die von vornherein der Auffassung waren, daß Europa die Milliarden für das JET-Experiment sparen solle. Ohnehin handele es sich hierbei noch um Grundlagenforschung, und man solle abwarten, was bei den sowjetischen und US-amerikanischen Kernfusions-Experimenten herauskomme. Denn könne man noch immer entscheiden, ob es sich lohne, den nächsten Schritt wieder in Europa zu tun.

(-/25.10.1976/vp/pr/ee)

+ + +

Verantwortlich für den Inhalt: Claus Preller